



# 2008/04 webredaktion

<https://shop.jungle.world/artikel/2008/04/10-000-000>

## 10 000 000

<none>

Präsident Robert Mugabe hat es geschafft, aus Zimbabwe ein Land der Millionäre zu machen. Fast jeder Bürger wird bald einen der neuen Scheine im Wert von 10 Millionen Dollar in der Hand halten können, die die Zentralbank nun herausgibt. Allerdings handelt es sich um zimbabwische Dollar, der neue Schein ist nur 3,90 US-Dollar wert. Um ihr Kind zur Schule schicken zu können, müssen die Eltern 170 Millionen zimbabwische Dollar für die Schuluniform bezahlen, das Fünffache des durchschnittlichen Monatslohns für Arbeiter. Die Regierung hat seit mehreren Monaten keine Inflationsstatistik mehr veröffentlicht, Experten schätzen die Preissteigerungsrate des vergangenen Jahrs auf 50 000 Prozent. Die von der Regierung angeordneten Preiskontrollen haben nur dazu geführt, dass die Waren knapp werden. Es mangelt an Nahrungsmitteln und Benzin, in der Hauptstadt Harare kommt es zu Unterbrechungen der Strom- und Wasserversorgung, die Arbeitslosenrate wird auf 80 Prozent geschätzt.

Selbst ein Autokrat muss sich da Sorgen machen, dass die üblichen Methoden der Manipulation nicht ausreichen, wenn im März das Parlament und der Präsident gewählt werden. Der oppositionelle MDC (Movement for Democratic Change) hat für diese Woche Demonstrationen angekündigt. Proteste sind nicht mehr grundsätzlich verboten, am 11. Januar wurden nach Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition, bei denen südafrikanische Diplomaten vermittelten, die Sicherheitsgesetze gelockert. Doch die Demonstration in Harare wurde nicht genehmigt, das staatliche Radio sprach von »dunklen Motiven« der Organisatoren, und Polizeisprecher Wayne Bvudzijena kündigte an: »Jeder, der an dem Marsch teilnimmt, wird verhaftet.« Im vergangenen Jahr waren Morgan Tsvangirai, der Vorsitzende des MDC, und weitere Oppositionspolitiker bei Protesten festgenommen und in Polizeigewahrsam misshandelt worden. Der MDC fordert eine Verfassungsreform und Garantien für freie Wahlen. Die Oppositionspartei will die Wahlen boykottieren, wenn die Regierung nicht der Einrichtung einer unabhängigen Wahlkommission zustimmt. js